

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Dezember 1984
am Donnerstag, dem 13. Dezember 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	33, 34	Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	42, 43
Austermann (CDU/CSU)	23, 24	Hiller (Lübeck) (SPD)	50
Bachmaier (SPD)	80, 81	Dr. Hupka (CDU/CSU)	47, 116
Becker (Nienberge) (SPD)	5, 6	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	49, 118
Frau Blunck (SPD)	41, 74	Jagoda (CDU/CSU)	38, 62
Broll (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Jens (SPD)	31
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	110, 111	Jungmann (SPD)	67, 68
Catenhusen (SPD)	7, 65	Kalisch (CDU/CSU)	15, 16
Dr. Czaja (CDU/CSU)	10, 117	Kastning (SPD)	72, 73
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	75	Keller (CDU/CSU)	60
Daweke (CDU/CSU)	99, 100	Kirschner (SPD)	53, 54
Delorme (SPD)	107, 108	Klein (München) (CDU/CSU)	119, 120
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	95, 96	Kolb (CDU/CSU)	61
Eigen (CDU/CSU)	44, 45	Dr. Kübler (SPD)	27, 69
Fellner (CDU/CSU)	19, 20	Lambinus (SPD)	21, 22
Fiebig (SPD)	70, 71	Dr. Laufs (CDU/CSU)	11, 12
Fischer (Frankfurt) (DIE GRÜNEN)	13, 14	Löffler (SPD)	112, 113
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	101, 102	Lohmann (Lüdenscheid) (CDU/CSU)	59
Gansel (SPD)	36, 37	Lowack (CDU/CSU)	2
Grünbeck (FDP)	48	Frau Matthäus-Maier (SPD)	97
Günther (CDU/CSU)	56	Menzel (SPD)	51, 52
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	4, 114	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	57
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	9, 35	Frau Odendahl (SPD)	87, 88

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Olderog (CDU/CSU)	1	Dr. Sperling (SPD)	105, 106
Pauli (SPD)	91, 92	Stahl (Kempen) (SPD)	89, 90
Peter (Kassel) (SPD)	76, 77	Frau Steinhauer (SPD)	78, 79
Dr. Rose (CDU/CSU)	3	Stiegler (SPD)	86, 115
Roth (SPD)	29	Stutzer (CDU/CSU)	55
Schäfer (Offenburg) (SPD)	8	Toetemeyer (SPD)	103, 104
Schemken (CDU/CSU)	63, 64	Urbaniak (SPD)	28
Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	82, 83	Werner (CDU/CSU)	25, 26
Dr. Schöfberger (SPD)	66	Frau Weyel (SPD)	46, 109
Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	39, 40	Dr. Wieczorek (SPD)	32
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	98	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	30
Seehofer (CDU/CSU)	58	Frau Zutt (SPD)	84, 85
Seesing (CDU/CSU)	93, 94		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	20
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	20

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Rechtsanwalt des Türken Cemal Altun, der sich am 30. August 1983 während der verwaltungsgerichtlichen Verhandlung über seinen Asylantrag in den Tod stürzte, seinem Mandanten zuvor auf Grund von Gesprächen mit der Bundesregierung mitgeteilt hatte, die Bundesregierung werde ihn, Altun, unter keinen Umständen an die Türkei ausliefern, und wenn ja, warum wird dieser Umstand erst jetzt bekannt, obgleich er dem damaligen Vorwurf gegen die Bundesregierung, sie trage eine moralische Mitschuld am tragischen Tod von Altun, weil dieser täglich mit seiner Auslieferung habe rechnen müssen, vollständig den Boden entzieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

2. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Wie läßt sich der Stop der Breitbandverkabelung im ländlichen Raum, z. B im Bereich des südlichen Landkreises Bayreuth, insbesondere der Stadt Pegnitz, mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten vereinbaren, nachdem bereits hohe Geldmittel für die Verlegungsarbeiten investiert, die Arbeiten nunmehr aber abgebrochen wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, in Zukunft wie im „Modell Simbabwe“ vermehrt deutsche arbeitslose Lehrer auf Grund von zwischenstaatlichen Finanzierungsvereinbarungen im Ausland einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)

Gedenkt die Bundesregierung, den dreiteiligen Fernsehfilm über den Majdanek-Prozeß über die Bundeszentrale für politische Bildung anzukaufen und dieses einmalige und wichtige Dokument zur Aufarbeitung unserer Vergangenheit damit auch offiziell für die politische Bildungsarbeit zugänglich zu machen?

5. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Ist der Bundesminister des Innern angesichts der Formulierungen in Kapitel V A 4 der zusammenfassenden Übersicht der „internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufes“ (INFCE) – Drucksache 8/3968 – der Auffassung, daß die Produktion von Kernbrennstäben ohne Auflagen in bezug auf den Anreicherungsgrad des verwendeten Urans gerechtfertigt ist, obwohl der hessische Wirtschaftsminister dagegen Bedenken hat?
6. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Woraus zieht der Bundesminister des Innern den Schluß, daß INFCE mit seiner Empfehlung, den Anreicherungsgrad zu reduzieren, nur auf die Verbraucher und nicht auch auf die Brennstoffhersteller zielt?
7. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Überlegungen hat die Bundesregierung bisher angestellt, um nach einer Endlagerung von Atommüll künftige Generationen über mehr als 10 000 Jahre hin vor den Gefahren solcher Hinterlassenschaften zu schützen, und wie bewertet die Bundesregierung dabei die Empfehlungen der Studie „Kommunikationsmaßnahmen zur Überbrückung von zehn Jahrtausenden“ des Energieministeriums der Vereinigten Staaten von Amerika, soweit ihr diese Empfehlungen bekannt sind?
8. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Störfallverordnung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, die teilweise gegen den erbitterten Widerstand der Industrie von der sozialliberalen Regierung durchgesetzt wurde, zu entscheidenden Verfahrensänderungen und Sicherheitsverbesserungen insbesondere bei chemischen Anlagen geführt hat?
9. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Gibt es Unterschiede zwischen den Sicherheitsstandards von Anlagen zur Produktion von Methylisocyanat und Phosgen in Indien und in der Bundesrepublik Deutschland, und ist auszuschließen, daß die produktionsbedingten Risiken bei der Synthese, der Verarbeitung und dem Transport dieser Stoffe in der Bundesrepublik Deutschland zu einem derartigen Unfall führen können?
10. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Bindet die Verpflichtung der Präambel des Grundgesetzes, die staatliche und nationale Einheit Deutschlands – bis zur freien Entscheidung des deutschen Volkes über seine Zukunft (Artikel 146 GG) und bis zu freivereinbarten friedensvertraglichen Regelungen (Artikel 7 des Deutschlandvertrags) – zu wahren, auch alle Beamten und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, nachdem auch das Bundesverfassungsgericht auf der Einhaltung des Währungsgebots und der Mitverantwortung aller Staatsorgane für ganz Deutschland in verbindlicher Auslegung des Grundgesetzes besteht?

11. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung bei dem in jüngsten Pressemeldungen erwähnten Falsifikat eines Schreibens des amerikanischen Handelsministeriums, mit dem deutsche Firmen um Offenlegung ihres Technologieexports in Ostblockstaaten ersucht wurden, einen nachrichtendienstlichen Zusammenhang, und liegen der Bundesregierung darüber hinaus weitere Erkenntnisse über derartige nachrichtendienstliche Aktivitäten östlicher Dienste vor?
12. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß östliche Nachrichtendienste in die Auseinandersetzungen um die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland einzugreifen versuchen?
13. Abgeordneter
Fischer
(Frankfurt)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß durch die Anzeige des Bundesministers des Innern „Wer steckt dahinter?“ zum Verfassungsschutzbericht 1983 in mehreren Zeitungen die Rechte von nicht verbotenen Organisationen verletzt werden, die ebenfalls in der vorbezeichneten Anzeige symbolhaft bezeichnet werden?
14. Abgeordneter
Fischer
(Frankfurt)
(DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung weiterhin die oben bezeichnete Anzeige verbreiten?
15. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Nicaragua-Demonstration am 3. November 1984 in Bonn von linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen wesentlich mitinitiiert und mitgeplant wurde, und belegt der Ablauf der Abschlußkundgebung diesen linksextremistischen Einfluß?
16. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über Art und Anzahl der anlässlich der NATO-Herbstmanöver von Anhängern der sogenannten Friedensbewegung begangenen Rechtsverletzungen vor, und kann sie Auskunft über die polizeilichen Exekutivmaßnahmen geben?
17. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse über eine Beteiligung linksextremistischer Organisationen (orthodoxe Kommunisten und/oder Gruppierungen der Neuen Linken) an den Streikaktionen im Sommer 1984 (Kampf um die 35-Stunden-Woche)?
18. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Einstellung der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlin (SEW) zu unserer Verfassungsordnung, und hält sie diese Partei nicht für antidemokratisch?

19. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Linksextremisten und Linksteroristen aller Schattierungen die Amerikafeindlichkeit in unserem Lande schüren, und kann die Haltung dieser Gruppierungen zur US-Politik näher belegt werden?
20. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Beteiligung von Kommunisten an dem Wahlbündnis „Die Friedensliste“ vor, das bei der Europawahl 1984 1,3 v. H. Stimmenanteil erreichte und demgemäß mit einer Wahlkampfkostenerstattung von ca. 2,8 Mio. DM rechnen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

21. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich bei den Bundesländern dafür einzusetzen, daß den rund 60 000 Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland die „unmittelbare Spendenbescheinigungskompetenz“ zuerkannt wird, und welche Vor- und Nachteile für die Sportvereine sieht die Bundesregierung bei einer solchen Regelung gegenüber dem bisherigen Verfahren, insbesondere der sogenannten „Durchlauf-Spende“?
22. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Zu welchen Ergebnissen ist bisher die vom Bundesfinanzminister und dem Deutschen Sportbund (DSB) eingesetzte Arbeitsgruppe zu Fragen des „Sports in der Steuergesetzgebung“ gekommen, und in welchen Punkten und welchem Zeitraum ist die Bundesregierung bereit, die Forderungen zu erfüllen, die der DSB in seinem Steuermemorandum vom 28. Februar 1983 erhoben hat?
23. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Ist das Bundesamt für Finanzen an Betriebsprüfungen bei „stern“ und „Der Spiegel“ in der Zeit von 1981 bis 1984 beteiligt gewesen, und wenn ja, wie oft?
24. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Kann gegebenenfalls durch Sonderbetriebsprüfungen unter Beteiligung des Bundesamtes für Finanzen geklärt werden, wie hoch der Betrag ist, der für Bestechungs- oder Schmiergelder in den Betriebsausgaben von „stern“ und „Der Spiegel“ von 1981 bis heute in Ansatz gebracht worden ist, und inwieweit solche Beträge als steuerlich absetzbar bei Betriebsprüfungen anerkannt worden sind?
25. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung Berechnungen für zutreffend, nach denen der von ihr geplante Steuerfreibetrag von 2 484 DM jährlich je Kind und der ergänzende Kindergeldzuschlag bis zu 45 DM monatlich schwergewichtig für Erstkinder wirksam werden und im Ergebnis im Vergleich zum Leistungsstand des Familienlasten-

ausgleichs im 1981 insbesondere zu erhöhten Entlastungen für Einkindfamilien ab gehobenen und Zweikinderfamilien mit sehr hohen Einkommen führen, während Familien mit einem Kind mit bis zu mittleren Einkommen, mit zwei Kindern mit bis zu gehobenen und mit drei und mehr Kindern mit bis zu höchsten Einkommen bei etwa gleich hoher Finanzmasse durch eine ausgewogene Kombination von Kindergelderhöhungen unter Beseitigung der Einkommensgrenzen, bescheiden erhöhten Steuerfreibeträgen und Wohngeldverbesserungen wesentlich stärker entlastet werden könnten?

26. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)

Wie würde die Bundesregierung eine Konzeption einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs beurteilen, nach der der steuerliche Kinderfreibetrag um 50 v. H. auf 648 DM und die Kindergeldsätze beim ersten Kind um 25 DM, beim zweiten Kind um 40 DM, ab drittem Kind um je 45 DM erhöht würden, die Einkommensgrenzen beim Kindergeld entfielen und die Wohngeldansprüche für finanzschwächere Familien so aufgestockt würden, daß sie auf diesem Wege im Regelfall ein Äquivalent für den entfallenden Kinderzuschlag erhielten, auch im Hinblick auf den dann entfallenden Zwang, die Regelungen bei der Kirchensteuer zu ändern, bei der ein Übergang von der entlastenden Berücksichtigung von Kindern durch Absetzungen von der Steuerschuld zu Absetzungen von der Steuerbemessungsgrundlage eine Belastungverschiebung von kleineren und finanzstärkeren Familien auf größere und finanzschwächere Familien intendieren würde?

27. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Schwarzoder Schattentouristik, also die Eigenorganisation von Pauschalreisen durch Privatpersonen, Kirchen, politische Parteien, Vereine unter reisevertragsrechtlichen und steuerrechtlichen Gesichtspunkten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

28. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Welche regionalen beschäftigungspolitischen Auswirkungen hat der Importstopp von Röhren auf die deutsche Stahlwirtschaft?

29. Abgeordneter
Roth
(SPD)

Welche Gegenmaßnahmen kommen nach Meinung der EG-Kommission und der Bundesregierung in Betracht, falls die USA auf ihrer Entscheidung beharren?

30. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß der Importstopp von Röhren einseitig nur die EG, nicht dagegen andere Länder, wie z. B. Brasilien und Japan, trifft?

31. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Welche Schritte unternehmen EG-Kommission und Bundesregierung, um den einseitigen Importstopp von Röhren mit weitreichenden Folgewirkungen auf den internationalen Güteraus-tausch durch die USA rückgängig zu machen?
32. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD)
- Durch welche internationalen Initiativen und Abmachungen wollen die EG-Kommission und die Bundesregierung in Zukunft zusätzlich zu den ohnehin schon bestehenden Vorschriften des GATT verhindern, daß sich ein ähnlicher Vorgang wie beim einseitigen Importstopp wiederholt?
33. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, wo bundeseigene Unternehmen gegen in Privatbesitz befindliche Unternehmen mit Preisangeboten konkurrieren, die sich letztere wegen des erhöhten privaten wirtschaftlichen Risikos nicht leisten können?
34. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung bei öffentlichen Unternehmen wegen der Absicherung finanzieller Risiken aus öffentlichen Haushaltsmitteln letztlich nicht Wettbewerbsverzerrungen, die die Chancengleichheit zwischen Staatsunternehmen und Privatunternehmens auf dem Markt empfindlich stören?
35. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Werden die Stoffe Methylisocyanat und Phosgen, die nach den vorliegenden Informationen in Indien zu der bisher schwersten Giftgaskatastrophe führten, auch in der Bundesrepublik Deutschland produziert bzw. eingesetzt, und in welchen Mengen werden sie produziert?
36. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Sind Presseberichte zutreffend, daß die Bundesregierung beabsichtigt, Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz zur Produktion von Kriegswaffen für den Iran und den Irak zu erteilen, obwohl sich diese Staaten im Krieg befinden, und beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag eine Novellierung des Kriegswaffenkontrollgesetzes vorzuschlagen, um die Produktion von Kriegswaffen „auf Halde“ für kriegführende Staaten zu ermöglichen?
37. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- In welchem Umfang werden die Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik Deutschland nach der gegenwärtigen Bundeswehrplanung in den nächsten fünf Jahren ausgelastet, und hält die Bundesregierung Maßnahmen regionaler bzw. sektoraler Art im Interesse von Arbeitsplätzen für notwendig?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

38. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU) Wie kann und will die Bundesregierung den betroffenen Waldbesitzern helfen, die durch die orkanartigen Stürme vom 24. November 1984 Schäden in katastrophalem Ausmaß erlitten haben?
39. Abgeordneter
**Freiherr
von Schorlemer**
(CDU/CSU) Welche Kosten entstehen der EG bei der Trocknung von Magermilch bzw. Lagerung von Magermilchpulver sowie der Verfütterung von Magermilch an Kälber oder Schweine im landwirtschaftlichen Betrieb?
40. Abgeordneter
**Freiherr
von Schorlemer**
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die einer weiteren Trocknung von Magermilch bzw. der zunehmenden Verknappung von Magermilchrücklieferungen zu Futterzwecken an landwirtschaftliche Betriebe entgegenwirken?
41. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD) Ist die Bundesregierung auf Grund der Giftkatastrophe in Indien bereit, ein Exportverbot von in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassenen oder verbotenen Pflanzenbehandlungsmitteln zu erlassen?
42. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hickel**
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Republik Österreich nach Genehmigung der zweiten Instanz des Niederösterreichischen Landtages und nach Beendigung der wasser- und forstrechtlichen Verfahren durch das dortige Bundesministerium für Landwirtschaft und Forsten im Begriff ist, durch die Genehmigung zum Bau des Donau-Kraftwerks Hainburg, das seit dem 16. April 1983 für die Auwälder östlich von Wien gültige Ramsar-Abkommen zum Schutz von Feuchtgebieten zu brechen?
43. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hickel**
(DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung als Mitunterzeichnerin des Ramsar-Abkommens bereit, gegenüber der Republik Österreich auf der durch die Ratifizierung eingegangenen Verpflichtung zum Schutz dieser in Mitteleuropa einzigartigen Auwälder zu bestehen, und wird sie notfalls die Einhaltung der durch das Vertragswerk vorgeschriebenen Kündigungsfrist für dieses Gebiet verlangen?
44. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß schon jetzt Getreidekontrakte für August 1985 mit sehr niedrigen Preisen getätigt werden, und was denkt die Bundesregierung zu tun, um die Getreidemarktordnung der Europäischen Gemeinschaft funktionsfähig zu erhalten?

45. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die für die Weihnachtsbutter-Aktion vorgesehene Menge zu erhöhen, da die Butter offensichtlich vom Verbraucher sehr gerne gekauft wird?
46. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Welches Ergebnis hat das überregionale Seminar der Wirtschaftskommission der Europäischen Gemeinschaft vom 17. bis 18. September 1984 zum Thema „Situation von Frauen in ländlichen Gebieten“ gehabt, und ist dieses Ergebnis in die Arbeit des nationalen Vorbereitungskomitees eingeflossen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

47. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Warum werden von der Bundesregierung auf Anfrage von Staatsbürgern nach Publikationen zur Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nur Publikationen, die vor nahezu 20 Jahren erstellt worden sind, angeboten?
48. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Welchen materiellen Schaden hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in der vergangenen Woche durch eine Besuchergruppe der Fraktion DIE GRÜNEN erlitten, und wer wird auf Schadenersatz in Anspruch genommen?
49. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der völkerrechtlichen Verpflichtungen, welche die DDR mit den UN-Menschenrechtspakten und angesichts der politischen Verpflichtungen, die sie mit der KSZE-Schlußakte von Helsinki und mit dem abschließenden Dokument von Madrid übernommen hat, die Verurteilung des in der DDR lebenden Physikers Schälike zu sieben Jahren Haft für die kritische Begründung seines Ausreiseantrags aus der DDR?
50. Abgeordneter
Hiller (Lübeck)
(SPD) Sind die Bezeichnungen „SBZ“ und „besetzte Ostgebiete“, wie sie im Bundesvertriebenengesetz in der Fassung vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1566) gewählt wurden, für kommunale Ämter (z. B. Ämter für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) zwingend vorgeschrieben, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, diese Bezeichnungen dem Sprachgebrauch, der sich aus dem Grundlagenvertrag mit der DDR und dem Warschauer Vertrag ergeben, anzugleichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

51. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundesrepublik Deutschland Patienten, bei denen eine Herzoperation notwendig ist, nicht operiert werden können, weil in den Kliniken, die solche Operationen vornehmen, die Kapazitäten nicht ausgeschöpft werden können, weil die erforderlichen technischen Apparaturen fehlen (so soll die Anschaffung eines erforderlichen Geräts an einer Kieler Klinik nur durch eine private Spende ermöglicht worden sein), daß deswegen viele Patienten ins Ausland (London, Genf, Antwerpen) verwiesen werden müssen und die Kosten dort derart sind, daß schon zwei bis drei Operationen ausreichen, um die erforderlichen Kosten für die Anschaffung der Geräte zu decken, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
52. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Was kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs tun, um die Ausrüstung der Kliniken in der Bundesrepublik Deutschland so auszustatten, daß eine Verweisung deutscher Patienten ins Ausland nicht mehr erforderlich ist?
53. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Leitung der Unterabteilung V b – Krankenversicherung – mit einem der privaten Krankenversicherung nahestehenden Beamten zu besetzen gedenkt?
54. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Trifft es zu, daß die gesetzlichen Rentenversicherungen bei den Banken Überbrückungskredite aufnehmen mußten, um die Dezember-Renten ausbezahlen zu können?
55. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie war die finanzielle Situation der Rentenversicherung zu Beginn und am Ende der früheren Koalition zwischen 1969 und 1982?
56. Abgeordneter
Günther
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die finanzielle Situation der Rentenversicherung zum Zeitpunkt des Regierungswechsels so kritisch war, daß ohne entschlossenes Handeln der heutigen Bundesregierung die Rentenversicherungsträger im Herbst 1983 nicht mehr zahlungsfähig gewesen wären?
57. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die gesetzliche Rentenversicherung im Hinblick auf die spätestens ab dem Jahre 2000 sich auswirkenden demographischen Veränderungen auf Dauer Bestand haben kann?
58. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die reale Einkommenssituation der Rentner in den letzten Jahren entwickelt?

59. Abgeordneter
Lohmann
(Lüdenscheid)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 und des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 auf die Einkommenssituation der Rentner?
60. Abgeordneter
Keller
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre schon jetzt einen Handlungsbedarf, um das finanzielle Gleichgewicht der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten?
61. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß Maßnahmen für die Liquiditätssicherung in der Rentenversicherung erforderlich sind?
62. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die Behauptung, die Renten würden in diesem oder im kommenden Jahr „auf Pump“ gezahlt, geeignet ist, Beitragszahler und Rentner zu verunsichern, und in welcher Weise gedenkt sie, dieser Verunsicherung entgegenzutreten?
63. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Gebrauch von nicht genügend gesicherten Haushaltsgeräten und Elektrogeräten im Haushalt sowie Einrichtungsgegenstände und Spielzeug, insbesondere für Kleinkinder, jährlich nach öffentlichen Bekanntmachungen einige Hundert Menschen zu Tode kommen?
64. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch entsprechende Verordnungen und Bestimmungen eine Verbesserung der Lage herbeizuführen?
65. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse von Untersuchungen aus Kanada, Schweden und Großbritannien über den Zusammenhang von Bildschirmarbeit und Fehlgeburten oder Mißbildungen bekannt, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls daraus zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Ersatzteilbeschaffung für das Waffensystem MRCA TORNADO umfassend bewältigt, oder wird ein Teil der Flugzeuge „kanibalisiert“, um die anderen flugtauglich zu machen?

67. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Trifft es zu, daß der Personalrat beim deutschen Anteil AFCENT aufgelöst worden ist, und wenn ja, mit welcher Begründung?
68. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, gegebenenfalls bei weiteren internationalen Stäben die Personalräte aufzulösen, und wenn ja, wie ist die Absicht der Bundesregierung mit den Rechtsvorschriften für die Bildung von Personalräten in internationalen Stäben in Einklang zu bringen?
69. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wird die Bundesregierung das Überflugverbot über das Kernkraftwerk Biblis wiedereinführen und gegebenenfalls wann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

70. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wie gelangt die Bundesregierung zu der irrigen Annahme, der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Herr Professor Überla, sei bis zu vier Wochenstunden an der Ludwig-Maximilian-Universität zu München tätig, wie das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit mir am 8. November 1984 mitgeteilt hat, angesichts der Tatsache, daß das Vorlesungsverzeichnis der Universität etwas ganz anderes ausweist?
71. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Seit wann gehört es zu den Aufgaben des Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes, Herrn Professor Überla, Ärzte und Ärztinnen zu veranlassen, an Veranstaltungen des Unternehmens „Infratest Gesundheitsforschung“ teilzunehmen?
72. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Arbeitsgemeinschaft der Landesärztekammern der Bundesrepublik Deutschland e. V. bei ihrer finanziellen Unterstützung von Medizinstudenten während der viermonatigen Famulatur Studenten mit ausländischer Staatsangehörigkeit von der Förderung ausschließt?
73. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausschluß ausländischer Studenten aus der finanziellen Förderung für Medizinstudenten während der Famulatur-Zeit durch die Bundesärztekammer?
74. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD) Nach welchen Kriterien werden die Mitglieder der offiziellen Regierungsdelegation zur Weltfrauenkonferenz ausgewählt?

75. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Empfehlung der Frauenkonferenz des asiatischen-pazifischen Raums vom 26. bis 30. März 1984, daß Regierungen konkrete Maßnahmen gegen erzwungene Prostitution und Sex-Tourismus gerade in Entwicklungsländern ergreifen sollten, sowohl auf der Weltfrauenkonferenz zur Sprache bringen als auch innerstaatlich umsetzen?
76. Abgeordneter
**Peter
(Kassel)**
(SPD)
- Welche Vorteile bestehen nach Auffassung der Bundesregierung in der Arbeit der UN-Frauenrechtskommission im Gegensatz zu dem Sonderausschuß der UN, der in der Vergangenheit die Weltfrauenkonferenz vorbereitet hat?
77. Abgeordneter
**Peter
(Kassel)**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, einen Bericht über die Verwirklichung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko und 1980 in Kopenhagen zu erstellen?
78. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Wann und wie wird die Bundesregierung die Empfehlungen des Seminars der Europäischen Wirtschaftskommission „The Economic Role of Women in the ECE-Region“ vom 15. bis 19. Oktober 1984 in Wien, „Regierungen sollten sich darum bemühen, eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit auf alle Arbeiter vorzunehmen und nicht einigen – meist Frauen – unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung zuzuweisen... (es) sind Gesetzesmaßnahmen zum Schutz von Teilzeitbeschäftigten (vor allem hinsichtlich der Arbeitsbedingungen) und der Bezahlung wichtig.“ in innerstaatliches Recht umsetzen?
79. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihren eigenen Haushaltskürzungen eine weitere Empfehlung des Seminars „im Fall der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen zur Kontrolle öffentlicher oder staatlicher Ausgaben sollten sich die Regierungen besonders darum bemühen, Frauen nicht direkt oder indirekt zu diskriminieren; sie sollten ferner berücksichtigen, daß Frauen in unverhältnismäßiger Weise betroffen wären durch Kürzungen des Einkommens, des Kindergeldes oder der Renten etc.“?
80. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Hat das Europäische Parlament zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz Vorschläge eingebracht, und wenn ja, welche?
81. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Sind diese Vorschläge den Mitgliedern des nationalen Vorbereitungs Komitees zugegangen?
82. Abgeordnete
**Frau
Schmedt
(Lengerich)**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung für den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Weltfrauenkonferenz spezifische Anregungen gegeben, und wenn ja, welche?

83. Abgeordnete
**Frau
Schmedt
(Lengerich)
(SPD)** Sind diese Vorschläge vorher mit den Mitgliedern des nationalen Vorbereitungs Komitees abgestimmt worden?
84. Abgeordnete
**Frau
Zutt
(SPD)** Welche Resolutionsentwürfe zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz sind dem nationalen Vorbereitungs Komitee bisher zugegangen, und welche wurden aufgenommen?
85. Abgeordnete
**Frau
Zutt
(SPD)** Welche wurden nicht aufgenommen, und sind insbesondere Resolutionen zur Lebenssituation älterer Frauen eingebracht worden?
86. Abgeordneter
**Stiegler
(SPD)** Welches Ergebnis hat die Konferenz der nicht-staatlichen Organisation mit konsultativem Status vom 22. bis 25. Oktober 1984 in Wien gehabt, und sind diese Ergebnisse in der Arbeit des nationalen Vorbereitungs Komitees berücksichtigt worden?
87. Abgeordnete
**Frau
Odendahl
(SPD)** Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen oder ergreift sie, damit die Themen der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden können?
88. Abgeordnete
**Frau
Odendahl
(SPD)** Ist der Bundesregierung bekannt, wie in anderen Ländern die Weltfrauenkonferenz vorbereitet wird?
89. Abgeordneter
**Stahl
(Kempfen)
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausstrahlung des Films „Das Omen“ durch das ZDF, in dem sehr zahlreiche brutale und gewaltverherrlichende Szenen gezeigt wurden auch unter dem Gesichtspunkt, daß der Film auf Grund dieser Gewaltszenen von der Bundesprüfstelle als jugendgefährdend indiziert wurde?
90. Abgeordneter
**Stahl
(Kempfen)
(SPD)** Kann die Bundesregierung der weiteren Ausstrahlung solcher Sendungen entgegen treten, und wenn ja, wie soll dies geschehen, insbesondere unter der Berücksichtigung, daß alle Parteien des Deutschen Bundestages durch die Neuregelung des Jugendschutzgesetzes bemüht sind, die Flut von jugendgefährdenden Videofilmen zu bekämpfen und deren Verkauf einzudämmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

91. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Welche Voraussetzungen bzw. Kriterien müsse(n) nach Ansicht der Bundesregierung gegeben bzw. erfüllt sein, damit das vereinfachte Betriebsverfahren und der Einsatz des neuen Triebwagens der Baureihe 628/928 gegenüber einer Streckenstilllegung oder eines Busersatzdienstes auf dem Abschnitt Kreuzberg (A)—Adenau (Reisezugverkehr) sowie des Gesamtverkehrs auf dem Schienenabschnitt Hönningen (A)—Adenau vorgezogen wird?
92. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie waren die bisherigen Resultate des Einsatzes des neuen Triebwagens der Baureihe 628/928 bei vereinfachten Betriebsverfahren außerhalb der Ballungsräume in bezug auf Umweltverträglichkeit, Energieeinsparung und Kostendeckung?
93. Abgeordneter
Seesing
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn, den Bahnhof Geldern als Hauptdienststelle aufzulassen und die Verkehrsbereiche von Kempen bis Kevelaer der Güterabfertigung Krefeld-Hbf, die Betriebsbereiche von Kempen bis Bahnhof Geldern einschließlich dem Bahnhof Krefeld-Hbf, den Bahnhof Kevelaer und die freie Strecke bis Geldern dem Bahnhof Kleve zuzuschlagen, und wenn ja, welche Gründe liegen für diese Maßnahme vor?
94. Abgeordneter
Seesing
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß das Personal des Bahnhofs Geldern sich für die Zuordnung der Verkehrsbe-
reiche und der Betriebsbereiche zum Bahnhof Kleve ausgesprochen hat, und wenn ja, warum wird diesen Vorstellungen nicht gefolgt?
95. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fernstraßenprojekte sind bei der Fortschreibung des Bedarfsplans '80 innerhalb der Kosten-Nutzen-Analyse ohne Gewichtung positiv, neutral und negativ bewertet worden?
96. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Mitteilung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte, „... dem Bundesminister für Verkehr stehen außer den dem Verkehrsausschuß seinerzeit übergebenen Bewertungen keine weiteren Bewertungsergebnisse mit gleichem Aussagewert zur Verfügung,“ mit der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 10/1487) auf Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN in Einklang zu bringen?
97. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maler**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung trotz zahlreicher Proteste, eine neue Schnellbahnstrecke von Köln nach Groß-Gerau zu bauen, und inwieweit wird dadurch das Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises betroffen?

98. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist nach den bisher geführten Gesprächen mit der DDR damit zu rechnen, daß die DDR ihrer Straßenunterhaltspflicht auf dem stark beschädigten und sicherheitsgefährdeten Abschnitt der Transitautobahn vor Hof kurzfristig nachkommt?
99. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß sie gegen § 13 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über Einheiten im Meßwesen vom 26. Juni 1970 (BGBl. I S. 981) und gegen § 11 der Ausführungsverordnung und § 6 des Gesetzes über Einheiten im Meßwesen vom 2. Juli 1969 (BGBl. I S. 709) verstößt, wo für die Geschwindigkeit als Einheit m/sec (Meter pro Sekunde) festgelegt ist, wenn sie in der Straßenverkehrsordnung noch für die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Verkehrsschildern die Längen- bzw. Entfernungsangabe in Kilometer zuläßt?
100. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen, um zu vermeiden, daß sie nach § 11 des Gesetzes ordnungswidrig handelt und deshalb mit einer Geldbuße bestraft werden kann?
101. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich das ohnehin vorhandene schwere Ungleichgewicht im Ost-West-Güterverkehr auf der Straße weiter zu Lasten der Unternehmen in den EG-Mitgliedstaaten entwickelt hat, wenn ja, was sind die Gründe für diese Entwicklung?
102. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegen die für die Unternehmen aus den EG-Mitgliedstaaten offenbar ungünstige Entwicklung im Ost-West-Güterverkehr zu unternehmen, insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Bundesrepublik Deutschland bei einem Vergleich innerhalb der EG in bezug auf die Beteiligung am Ost-West-Güterverkehr ohnehin nicht eine Spitzenstellung innehat?
103. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Autobahnamt Bochum den Anwohnern der Straße „Im Löhenbusch“ in Hagen-Hohenlimburg im Oktober 1982 mitgeteilt hat, daß die Lärmmessungen im Bereich der Bundesautobahn A 46 (Bereichs-Kilometer 5,0) abgeschlossen, „der Anspruchsrahmen für Schallschutzmaßnahmen erfüllt“ und geplant sei, bis zum Frühjahr 1983 einen lärmtechnischen Entwurf zu erstellen, und was gedenkt die Bundesregierung zur Beschleunigung der Durchführung dieser dringend gebotenen Lärmschutzmaßnahme zu unternehmen?

104. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Autobahnamtes Bochum vom Juli 1983, daß – unter der Voraussetzung der Bereitstellung der erforderlichen Mittel – mit den Baumaßnahmen im Jahr 1984 begonnen werden kann, und welche Gründe haben dazu geführt, daß nunmehr – am Ende des Jahres 1984 – mit der Bauausführung noch nicht begonnen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

105. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des wohnungspolitischen Grundsatzreferenten im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, daß das Wohngeld „zu den Stiefkindern der Finanzpolitik gehört“?
106. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Wohngeld in „allzulangen Zeiträumen“ mit realer Minderung der Leistungen angepaßt wird, und wie groß ist die reale Minderung der Wohngeldleistungen von der letzten Anpassung bis zur kommenden?
107. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Sind Befürchtungen zutreffend, daß die Bundesregierung ab 1. Januar 1985 keine Wohnungsfürsorgemittel für Bundesbedienstete mehr zur Verfügung stellen will, und zwar unabhängig von der örtlichen Bedarfslage?
108. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei bestimmten Bedienstetengruppen (z. B. Bundeswehr und Deutscher Bundespost) regional noch einen erheblichen Wohnungsbedarf gibt, und ist sie bereit, in diesen Fällen auch weiterhin Wohnungsfürsorgemittel bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

109. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Erfahrungen in Israel bekannt, daß mit Hilfe der Reaktion von Kulturpflanzen das Vorhandensein unerwünschter Chemikalien in der Luft festgestellt wird, und gibt es entsprechende Versuche auch in der Bundesrepublik Deutschland?
110. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsergebnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des Auftretens und der Verteilung von Ölverschmutzungen im Wattenmeer vor?

111. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsvorhaben sind von der Bundesregierung hinsichtlich der zu ergreifenden wirksamen Gegenmaßnahmen eingeleitet bzw. beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

112. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Wie unterscheidet sich das kürzlich unterzeichnete Abkommen zwischen der DDR und Österreich über die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten und Universitätsabschlüssen von den Regelungen, die für diesen Bereich gegenseitig in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR gelten?
113. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Bestimmungen über die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten und Universitätsabschlüssen zu verbessern und sie gegebenenfalls denen des Abkommens zwischen Österreich und der DDR anzupassen?
114. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, auch bei der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) darauf hinzuwirken, daß die Fernsehserie über den Majdanek-Prozeß auch im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit verwendet wird?
115. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Haushaltsmittel werden dem Arbeitsamt Weiden im Rahmen der Ergänzung des Benachteiligtenprogramms der Bundesregierung aus den zusätzlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung gestellt, und wie viele Bildungsmaßnahmen können dadurch gefördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

116. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Schätzungen darüber vor, wie viele Familienmitglieder von Besuchern und Touristen, die nach ihrer Einreise in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, in der Volksrepublik Polen zurückgehalten werden oder zurückgeblieben sind, und in welchem Zeitraum damit zu rechnen ist, daß diese Familienmitglieder die Erlaubnis zur Ausreise erhalten?

117. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister des Auswärtigen zum 14. Jahrestag des Warschauer Vertrages, neben der vorsichtigen Anmeldung von Besorgnissen, die Volksrepublik Polen mit Nachdruck vom konstanten Bruch der festen Geschäftsgrundlagen dieses Vertrages zur Ausreise Deutscher nach deren freier Entscheidung abgemahnt und im Sinne der von Verfassungen wegen bestehenden Schutzpflicht für Deutsche die Folge der gravierenden Verletzungen der Rechtsverpflichtungen dieses Vertrages und des UN-Menschenrechtspaktes zur Wahrung der kulturellen Eigenart und Ausreisefreiheit für die Normalisierung und die „moralische Dimension“ auch der gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen, die Erhaltung der Vertragsgrundlagen und die innerstaatlichen Folgen für Entscheidungen über weitere Finanzhilfen zu Lasten der deutschen Steuerzahler aufgezeigt?
118. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bei realistischer Beurteilung der Lage in Polen der Auffassung, daß die kommunistische Führung der Volksrepublik Polen unter General Jaruzelski in neuerer Zeit sichtbare Erfolge bei der Stabilisierung des Landes und im Dialog mit dem polnischen Volk aufzuweisen hat, oder wie beurteilt die Bundesregierung sonst die Situation in Polen?
119. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Nachrichten bestätigen, ob es zutrifft, daß die Sowjetunion in den letzten Wochen ihre Truppen in Afghanistan verstärkt und die Angriffe auf die afghanische Zivilbevölkerung vervielfacht hat?
120. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Welche Information hat die Bundesregierung über die Zahl der Opfer und über den Umfang der Zerstörungen nach fünfjähriger Dauer des Krieges, mit dem die UdSSR Afghanistan überzieht?

Bonn, den 7. Dezember 1984

